

SN, 12.9.12

Organisiertes Verbrechen am Nerv treffen

Einziehung der Erträge aus Straftaten nicht konsequent genug – Österreich: 2011 waren es 3,52 Mill. Euro

SALZBURG (SN-res). „Verbrechen dürfen sich nicht lohnen.“ So lautet ein Leitsatz der EU-Kommission. „Zur Zerschlagung der Aktivitäten der organisierten Kriminalität müssen Straftätern die Erträge aus Straftaten entzogen werden. Kriminelle Vereinigungen knüpfen in großem Stil internationale Netze und häufen aus verschiedenen kriminellen Aktivitäten substanzielle Gewinne an. Die Erträge aus den Straftaten werden gewaschen und in den legalen Wirtschaftskreislauf zurückgeführt.“ So heißt es im Bericht der Kommission. Denn: „Einziehung verhindert eine mögliche Verwendung kriminellen Reichtums für die Finanzierung weiterer krimineller Aktivitäten, die Gefährdung des Vertrauens in die Finanzsysteme und die Korruption der Gesellschaft.“

Allerdings hält die EU-Kommission auch mit Bedauern fest,

dass der Rechtsrahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität in den Mitgliedsstaaten nicht vollständig umgesetzt wurde und auch mangelhaft angewandt wird.

Dies könnte auch in Österreich so sein, befürchtet der Salzburger NRAbg. der SPÖ, Johann Maier. Seit 2009 versucht er, über parlamentarische Anfragen herauszufinden, ob es in Österreich vermögensrechtliche Anordnungen gegeben hat und welche Vermögenswerte aus kriminellen Delikten durch Gerichte eingezogen bzw. dem Verfall zugeführt wurden.

Mit seiner jüngsten Anfrage in diese Richtung wurden ihm durch Justizministerin Beatrix Karl die Erträge aus vermögensrechtlichen Anordnungen für den Bund bekannt gegeben. Demnach seien im Jahr 2011 insgesamt 3,52 Mill. Euro für den Bundesschatz eingezogen worden. Diese Einziehungen erscheinen ihm sehr gering,

sagt Maier. So wurden allein in Italien im Jahr 2011 Immobilien und Luxusgüter von mehr als vier Mrd. Euro beschlagnahmt. Er frage sich angesichts großer Geldwäscheverfahren in Österreich, was



Bild: SN/PRIVAT

„Justiz müsste konsequenter vorgehen.“

Johann Maier,
NR-Abgeordneter

mit diesen Geldern passiere und warum keine Einziehung erfolgt sei. Zwei Möglichkeiten drängen sich ihm auf: Entweder liegen diese Gelder noch immer auf irgendwelchen Bankkonten oder sie wurden in einer unbekannten Position dem Budget zugeführt.

In Österreich ist seit 1. Jänner

2011 die Verwertung sichergestellter oder beschlagnahmter Vermögenswerte in der StPO geregelt. Demnach sind Geldbeträge, Geldforderungen und Wertpapiere, die sichergestellt wurden oder deren Beschlagnahme zulässig ist, einzuziehen oder zu verwerten. Seit 1. September dieses Jahres ist unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Verwertung von sichergestellten oder beschlagnahmten Gegenständen oder Vermögenswerten noch während eines anhängigen Strafverfahrens möglich.

Es ist allerdings bekannt, dass die in der EU von der organisierten Kriminalität eingezogenen Beträge – im Vergleich zu den geschätzten Einnahmen – relativ gering sind. Maier fordert, die österreichische Justiz müsse viel konsequenter vorgehen. Internationale Beispiele würden zeigen, dass es auch anders gehe.